

Änderungsantrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

zum Gesetzentwurf der Präsidentin des Landtages „Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes“ (Drucksache 6/5342)

Der Landtag möge beschließen:

Artikel 2 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes wird wie folgt gefasst:

„Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.“

Begründung:

Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch auf eine transparente und nachvollziehbare Berechnung von Abgeordnetenentschädigungen. Dem trägt das Abgeordnetengesetz des Landes Brandenburg Rechnung. Zugleich gebieten die im Landtag angemahnten Gesichtspunkte der Sparsamkeit und sozialen Gerechtigkeit einen zurückhaltenden und angemessenen Umgang mit der Bestimmung der eigenen Entschädigungshöhe.

Zwar ist die allgemeine Lohnentwicklung im Land ein guter Anknüpfungspunkt. Jedoch führt eine 4,4%-ige Steigerung bei einem vergleichsweise hohen Gehalt zu einem erheblich stärkeren finanziellen Effekt als bei den Durchschnittslöhnen. Der nominale Unterschied wächst weiter. Der tragende Gedanke der Neuregelung war, die Gehaltsentwicklung der Abgeordneten im Wesentlichen an die der Arbeitnehmer im Land zu knüpfen. Durch die jedoch nicht unerheblich höhere Basis, auf der die prozentual gleiche Erhöhung aufbaut, entstand in den vergangenen Jahren eine immer weitere wachsende tatsächliche Schere.

Schließlich ist die derzeitige Höhe an sich bereits als ausreichend hoch anzusehen.

Daher schlägt die Einreicherin unter Anerkennung der sonstigen Aspekte des Abgeordnetengesetzes vor, die kalkulatorisch fällige Erhöhung um 1 Jahr auszusetzen, für das Jahr 2017 eine Nullrunde einzulegen und das Änderungsgesetz daher erst am 01.01.2018 in Kraft treten zu lassen.

Péter Vida
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe